

Förderrichtlinie zur Finanzierung des Einsatzes von Stützkräften in Kinderbetreuungsgruppen mit Einzelintegration gemäß § 38c i.V.m. § 38 Abs. 2 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz

I. Gesetzliche Bestimmungen

1.

Gemäß § 38 Abs. 2 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz hat das Land Tirol eine spezielle Förderung für den Einsatz von Stützkräften in Kinderbetreuungsgruppen mit Einzelintegration zu gewähren.

Gemäß § 38c Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz ist die Abwicklung der Beitrags- und Förderleistungen nach dem § 38 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz durch Richtlinien der Landesregierung näher zu regeln. Diese haben insbesondere nähere Bestimmungen über die Voraussetzungen, die Höhe und die Geltendmachung einschließlich der Vorlage erforderlicher Unterlagen, das Verfahren, die Auszahlungsmodalitäten sowie die Rückabwicklung und den Widerruf im Fall der Nichteinhaltung der gesetzlich oder in den Richtlinien bestimmten Voraussetzungen zu enthalten. Bei der Festsetzung der Höhe der speziellen Förderung nach § 38 Abs. 2 ist die finanzielle Leistungskraft des Erhalters der Kinderbetreuungseinrichtung zu berücksichtigen.

2.

Voraussetzung für die Förderung ist gemäß § 38 Abs. 4 Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, dass

- a) die gesetzlichen Bestimmungen über die Gruppengröße und den Mindestpersonaleinsatz eingehalten werden,
- b) die Kinderbetreuungseinrichtung nicht in Gewinnerzielungsabsicht betrieben wird,
- c) die Kinderbetreuungseinrichtung zumindest während des gesamten Kindergartenjahres geöffnet ist sowie

die Einzelintegration von der Tiroler Landesregierung gemäß § 18 Abs. 2 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes genehmigt worden ist.

II. Ausführungsbestimmungen

Die Höhe des Beitrages zum Personalaufwand für Erhalter öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen richtet sich nach der finanziellen Leistungskraft der betreffenden Gemeinde. Die finanzielle Leistungskraft bestimmt sich nach dem Verhältnis der Abgabenertragsanteile der betreffenden Gemeinde im Sinne des Finanzausgleichsgesetzes 2008 zum Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile

aller Tiroler Gemeinden. Die Höhe des Beitrages zum Personalaufwand beträgt folgenden Prozentsatz vom Gesamt(-brutto)-betrag des Personalaufwandes der Stützkraft:

- a) 40 % des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von mehr als 20 % über dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.
- b) 50 % des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von mehr als 10 bis einschließlich 20 % über dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.
- c) 60 % des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von 0 bis einschließlich 10 % über dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.
- d) 70 % des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft weniger als 0 bis einschließlich 10 % unter dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.
- e) 80 % des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 10 bis einschließlich 20 % unter dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.
- f) 90 % des Personalaufwandes bei einer finanziellen Leistungskraft von weniger als 20 % unter dem Landesdurchschnitt der Abgabenertragsanteile.

Die Höhe des Beitrages zum Personalaufwand beträgt bei Erhaltern privater Kinderbetreuungseinrichtungen 90 % des Personalaufwandes.

Sollten die Personalkosten der Stützkraft vom AMS gefördert werden, so ist diese Förderung von der Landesförderung in Abzug zu bringen.

III. Förderanträge, Frist zur Geltendmachung der Förderung, Auszahlung

Anträge auf Gewährung einer Förderung sind von einer zur Vertretung des Erhalters berechtigten Person zu unterschreiben und, bei sonstigem Verlust des Anspruches, bis spätestens Ende August nach Ablauf jenes Kindergartenjahres, in dem die Stützkraft zum Zweck der Einzelintegration herangezogen wurde, beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Bildung, Heiligegeiststraße 7-9, 6020 Innsbruck, geltend zu machen.

Anträge haben zumindest folgende Angaben zu enthalten:

- a) Gesamt(-brutto)-betrag des Personalaufwandes, inklusive der entsprechenden Lohnkontenblätter,
- b) Name der Stützkraft,
- c) Name des Kindes, auf das sich die Einzelintegration bezieht,
- d) Zeitraum, in dem die Stützkraft tatsächlich herangezogen wurde,

- e) Anzahl der Wochenstunden, für die die Stützkraft tatsächlich herangezogen wurde, und
- f) allenfalls Bankverbindung des Erhalters (sofern diese beim Amt der Landesregierung, Abteilung Bildung, nicht bereits bekannt ist).

Dem Antrag ist ein Kontoauszug des Erhalters anzuschließen, aus dem die entsprechenden Zahlungsvorgänge nachvollziehbar hervorgehen.

Fördermittel werden spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Einlangen eines berechtigten und vollständigen Antrages an die Bankverbindung des Erhalters zur Anweisung gebracht.

IV. Förderbedingungen

Der Förderungswerber hat den Organen oder Beauftragten des Landes Tirol Einsicht in seine Bücher und Belege sowie die Besichtigung der Kinderbetreuungseinrichtung an Ort und Stelle zu gestatten. Auch die erforderlichen Auskünfte sind zu erteilen.

Der Förderungswerber hat dem Landesrechnungshof Einsicht in seine Bücher und Belege zur Kontrolle der widmungsgemäßen, wirtschaftlichen, sparsamen und zweckmäßigen Verwendung der Fördermittel zu gestatten.

Alle Bücher und Belege sind bis zum Ablauf von zehn Jahren ab dem Ende jenes Jahres, in dem die Auszahlung der Fördermittel erfolgte, aufzubewahren.

V. Rückabwicklung und Widerruf

Der Förderungswerber hat die Fördermittel nach Aufforderung durch die Landesregierung sofort zurückzuerstatten bzw. verliert den Anspruch auf Auszahlung bereits verbindlich zugesicherter aber noch nicht ausbezahlter Fördermittel, wenn:

- a) Organe oder Beauftragte des Landes Tirol über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet wurden;
- b) erforderliche Berichte oder Auskünfte nicht erstattet, oder Nachweise nicht erbracht wurden, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltene Mahnung erfolglos geblieben ist;
- c) der Förderungswerber erforderliche Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert;
- d) die Fördermittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet wurden;
- e) die Bestimmungen des am 1. September 2010 in Kraft getretenen Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes nicht eingehalten werden oder
- f) sonstige wesentliche Bestimmungen dieser Richtlinie vom Förderungswerber nicht eingehalten wurden.

VI. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt rückwirkend mit 1. September 2010 in Kraft.